

# 7 GRÜNDE, WARUM ÖSTERREICH EIN VORZEIGELAND

## • DER DASEINSVORSORGE IST ... und auch bleiben soll

Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Leistungen zu erschwinglichen Preisen.



### 1 KAUM PRIVATISIERUNGEN

In Österreich ist Daseinsvorsorge nach wie vor überwiegend öffentlich. In vielen anderen europäischen Ländern wurden Wasser, Energieversorgung, Wohnungen oder öffentlicher Verkehr im großen Stil an private Unternehmen verkauft. Österreich hat diese Mode kaum mitgemacht.

### 2 HOHE QUALITÄT, FAIRE PREISE

Daseinsvorsorge hat in Österreich eine europaweit überdurchschnittliche Qualität bei gleichzeitig fairen Preisen. Prominentes Beispiel ist die 365€-Jahreskarte der Wiener Linien, die auch international als Best-Practice-Beispiel gilt.



### 3 EU-SPITZE: ERNEUERBARE ENERGIE

Mit einem Anteil von 72% erneuerbarer Energien an der gesamten Stromerzeugung liegt Österreich im EU-Vergleich an der Spitze. Die Wasserkraft ist die bedeutendste Quelle für Strom. Wind- und Solarenergie nehmen zu.



### 4 EU-SPITZE: WASSERQUALITÄT

Die Wasserqualität in Österreich ist ausgezeichnet und wird ständig überwacht. 100% des Trinkwassers werden aus reinem Grund- und Quellwasser entnommen. 90% der ÖsterreicherInnen werden zentral mit Trinkwasser versorgt.



### 5 EU-SPITZE: BAHNFAHREN

1.427 km sind die ÖsterreicherInnen jedes Jahr durchschnittlich mit der Bahn unterwegs. Nur die Schweiz kommt auf einen noch höheren Wert. Die ÖBB hat dabei 88% Marktanteil bei Personenzugkilometern.



### 6 EU-SPITZE: SOZIALER WOHNBAU

Wien hat über 100 Jahre in leistbares Wohnen investiert und gilt heute als „Welthauptstadt des sozialen Wohnbaus“: 62% der WienerInnen leben in Gemeinde- oder öffentlich geförderten Genossenschaftswohnungen.

### 7 ZUFRIEDENE BÜRGER/INNEN

Befragungen des Städtebunds und der Arbeiterkammer belegen, dass die ÖsterreicherInnen zufrieden mit ihrer Daseinsvorsorge sind. Privatisierungen werden von einer überwiegenden Mehrheit abgelehnt. Bei einer Volksbefragung in Wien 2013 haben 87 Prozent der Befragten gegen Privatisierungen gestimmt.

